

Neue Herausforderungen nach der Krise – das dritte Deutsch- Portugiesische Forum zieht Bilanz

*Yvonne Braun, Tobias Herbst, Julian Plottka und Richard Steinberg**

Deutschland und Portugal: feste Partner in verändertem Umfeld

Der Präsident der Stiftung Calouste Gulbenkian, *Artur Santos Silva*, begrüßte die Teilnehmer/-innen des Forums im großen Saal der Stiftung und verwies auf die wirtschaftliche Situation Portugals, die weiterhin von den Folgen der Krise geprägt sei. Um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu generieren, schlug er Investitionen in den Bereichen Wissenschaft und Innovation vor. Auf Grundlage der europäischen Werte müsse dem Faktor ‚Humankapital‘ mehr Bedeutung beigemessen werden, um Wissen in Wirtschaftswerte umzusetzen. Dies mache eine Aktivierung der Unionsbürger/-innen notwendig. Ein solcher Impuls, so *Santos Silva*, gehe auch vom dritten Deutsch-Portugiesischen Forum aus, das eine Brücke zwischen beiden Ländern schlage und die Beziehungen vor allem auf kultureller Ebene vertiefe.

Mathias Jopp, Direktor des Instituts für Europäische Politik, begrüßte die Gäste im Namen des deutschen Mitorganisators und machte auf das veränderte Umfeld des Forums im Vergleich zur ersten Jahrestagung im Jahr 2013 aufmerksam. Zunächst verwies er auf die Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung Portugals nach den schweren Jahren der Anpassung unter dem finanziellen Rettungsschirm der Europäischen Union und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Aktuell sehe sich die Union mit einer Vielzahl interner Probleme konfrontiert. Dazu zählte er neben der Frage nach dem Verbleib Griechenlands in der Eurozone und der ungewissen Zukunft der britischen EU-Mitgliedschaft insbesondere die Zunahme euroskeptischer Tendenzen. Im Bereich des auswärtigen Handelns der Union hob er die große Zahl an Flüchtlingen, die versuchen über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, die vom Islamischen Staat ausgehenden Gefahren sowie das angespannte Verhältnis zu Russland nach dessen völkerrechtswidriger Annexion der Krim als wichtigste Herausforderungen hervor.

Die Wichtigkeit des Forums aus portugiesischer Sicht unterstrich *Nuno Severiano Teixeira*, Direktor des Portugiesischen Instituts für Internationale Beziehungen, indem er die Rolle des Landes für die weitere Integration Europas mit jener Deutschlands und Frankreichs verglich. Letztere wirkten seit Gründung der Gemeinschaft als treibende Kräfte, während Portugal erst später dazugestoßen sei, sich dann aber vollkommen dem europäischen Projekt verschrieben habe. So seien euroskeptische Kräfte in Portugal auch nicht so stark wie in anderen Mitgliedstaaten, dennoch müsse auf europäischer Ebene Solidarität mit den Bürger/-innen Portugals gezeigt werden. Das Deutsch-Portugiesische Forum fungiere hierfür als eine Plattform.

* Institut für Europäische Politik, Berlin.

Außen- und innenpolitische Herausforderungen Europas

Der deutsche Außenminister *Frank-Walter Steinmeier* und sein portugiesischer Amtskollege *Rui Machete* stellten sich in einer offenen Diskussion zu Beginn des Forums den Fragen der Forumsteilnehmer/-innen. Moderiert von *Eva Gaspar* konnten auch Studierende aus beiden Ländern die Außenminister zu aktuellen Herausforderungen der Europapolitik aus deutscher und portugiesischer Sicht befragen. Mit den Beziehungen zu Russland, dem Umgang mit der griechischen Schuldenkrise, der Zukunft der europäischen Flüchtlingspolitik und der Rolle beider Länder bei der Fortentwicklung der europäischen Integration wurden die zuvor angesprochenen Themen wieder aufgegriffen.

Auf Basis der Feststellung, dass die Annexion der Krim die Sicherheitslage in Europa verändert hat, waren sich Steinmeier und Machete einig, dass Russlands offensichtlich aggressives Verhalten es erfordere, die Sicherheitspolitik nicht zu vernachlässigen. Dies schließe eigene Verteidigungsmaßnahmen mit ein. Steinmeier wies darauf hin, dass auch Deutschland mehr Geld als zuvor für Sicherheit ausgeben müsse, betonte aber, dass allein auf ‚hard power‘ zu setzen, der falsche Weg sei. Ein Gleichgewicht von ‚hard‘ und ‚soft power‘ mit dem Ziel, schwierige Konflikte durch Verhandlungen zu lösen, sei die bessere Strategie. Für die Beziehungen zu Russland bedeute dies eine Kombination aus politischem Druck und Sanktionen. Keine Alternative sei die Kappung aller Kanäle zu Russland, da dann nicht mehr eingeschätzt werden könne, in welchen Situationen und bei welchen Themen sich Gespräche und Verhandlungen lohnen.



Hinsichtlich der Zukunft Griechenlands bestand Konsens, dass dessen Verbleib in der Eurozone im gemeinsamen Interesse der Europäischen Union liege. Ein Ausscheiden stelle einen Misserfolg für die gesamte Union dar und bringe nicht absehbare Schäden für alle Beteiligten mit sich. Steinmeier und Machete versicherten, sämtliche Anstrengungen bis zur Grenze des Zulässigen unternehmen zu wollen, um Griechenland in der Währungsunion zu halten. Voraussetzung sei jedoch, dass auch Griechenland seinen Teil beitrage, die notwendigen Entscheidungen treffe und die Vereinbarungen mit den Gläubigern so schnell wie möglich schließe.

Machete bezeichnete die Vorkommnisse im Mittelmeer als humanitäre Katastrophe und verwies auf die bereits ergriffenen Maßnahmen, um den Schlepperbanden Einhalt zu gebieten. Mit Blick auf die hohe Anzahl von Flüchtlingen war er sich der Schwierigkeit bewusst, einen passenden Lösungsansatz in der gemeinsamen EU-Flüchtlingspolitik zu finden. Hinzu komme das Problem radikalisierter Flüchtlinge. Die Verbesserung der Situation in den Ursprungsländern sei ein anzustrebendes Ziel, damit keine Gründe für eine Flucht mehr bestünden.

Steinmeier stellte fest, dass Deutschland angesichts der weltpolitischen Lage innerhalb der Europäischen Union eine größere Verantwortung übernimmt. Für den Umgang mit den Herausforderungen in der europäischen Nachbarschaft könne nicht erwartet werden, dass externe Akteure wie die USA die Antworten finden. Den gelegentlich geäußerten Vorwurf einer zunehmenden Ostorientierung Deutschlands aufgreifend erwiderte Steinmeier, dass er sich nach wie vor bemühe, in der deutschen Außenpolitik ein Gleichgewicht zu halten. Hierzu gehöre, wie auch von seinem Amtskollegen Machete betont wurde, ein gutes Verhältnis zu den transatlantischen Partnern, das nicht zuletzt durch den Abschluss der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) untermauert werden könne.

Wachstum durch gezielte Investitionen

Am Beispiel Portugals wurde der Erfolg der Reformanstrengungen unterstrichen und gezeigt, dass das Land heute von diesen wirtschaftlich profitiert. Angesichts der identifizierten Investitionslücke bestand jedoch Konsens, dass Portugal und die gesamte Europäische Union weitere Maßnahmen ergreifen müssen, um die positive Entwicklung zu stärken. Subventionen wurden dafür als Mittel zugunsten von Instrumenten verworfen, die privatwirtschaftliche Investitionen in innovativen und zukunftsrelevanten Bereichen anregen. Die Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen, standen im Zentrum der Diskussionen.

Marjut Santoni, stellvertretende Generaldirektorin des Europäischen Investitionsfonds, legte dar, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise eine Investitionslücke hinterlassen habe. Insbesondere ausbleibende Investitionen in Infrastrukturen erzeugten Kosten für Unternehmen und verursachten volkswirtschaftliche Schäden. Deshalb komme die europäische Investitionsoffensive zur rechten Zeit. Die Herausforderung bestehe nun darin, sie so umzusetzen, dass sie der Realwirtschaft zugutekomme, andernfalls spiele man den Kritikern in die Hände. Santoni skizzierte den Beitrag, den der Europäische Investitionsfonds (EIF) als Teil der Gruppe der Europäischen Investitionsbank (EIB) innerhalb der Investitionsoffensive für Europa leistet: Der EIF ermögliche innovative Projekte im Bereich kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die für eine Finanzierung über den Markt zu risikoreich sind. Dennoch handele er wie eine Bank, die Unternehmen nicht subventioniert, sondern ergebnisorientiert Kredite zur Verfügung stelle, um private Partner für einzelne Projekte zu gewinnen. Hiermit sei der EIF auch in Portugal sehr erfolgreich und bereit, dort weiter zu investieren.



Miguel Poiães Maduro, Minister im Kabinett des Premierministers und für Regionalentwicklung, illustrierte am Beispiel Portugals die von Santoni identifizierte Investitionslücke. Dort sei die Investitionsquote seit 1999 und damit bereits vor der Krise rückläufig. Sie verharre auf einem niedrigen Niveau, aber die Wirtschaft sei zuletzt wieder gewachsen. Um diesen Trend

zu stärken und das Land international wettbewerbsfähig zu machen, habe die Regierung das Programm „Portugal 2020“ ins Leben gerufen. So würden die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen und Anreize gesetzt, um private Akteure zu Investitionen zu motivieren. Förderung innerhalb des Programms, und hierin stimmte Maduro seiner Vorrednerin zu, müsse aber ergebnisorientiert und in Form zurückzahlender Kredite vergeben werden. Ziel sei die Hebelung staatlicher Mittel durch das Engagement privater Akteure.

Maduro warf zudem einen Blick auf die europäische Ebene und unterstrich die Bedeutung des Konvergenzgedankens: Wirtschaftliche Konvergenz sei zentral zur Stärkung der Legitimität des europäischen Projekts. Zur Erreichung dieses Ziels habe der portugiesische Premierminister Pedro Passos Coelho vorgeschlagen, einen Europäischen Währungsfonds (EWF) einzurichten und einen Haushalt für die Eurozone zu schaffen.¹ Letzterer solle externe Schocks dämpfen und der EWF die Aufgaben erfüllen, die der IWF in der Krise übernommen hat. Der Eurozonenhaushalt solle über Einnahmen finanziert werden, da mitgliedstaatliche Beiträge und die damit verbundene ‚Nettozahler-Debatte‘ das Vertrauen zwischen den Partnern schwächen. Auf kritische Nachfragen vor allem deutscher Teilnehmer/-innen, die sich für die weitere Einbindung des IWF und gegen neue Finanzverpflichtungen aussprachen, erwiderte Maduro, dass der portugiesischen Regierung die Schwierigkeit eines solchen Paradigmenwechsels bewusst sei, es aber gelte, die dysfunktionale Debatte zu überwinden.

Nachhaltige Beschäftigung zwischen Konvergenz und Freizügigkeit

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wurde von allen Panelist/-innen als gegenwärtig wichtigste soziale Frage identifiziert. Wie dieses Ziel zu erreichen ist, wurde im Spannungsverhältnis von Konvergenz und Freizügigkeit diskutiert. Einigkeit bestand darin, dass die Freizügigkeit durch eine grenzüberschreitende Kompatibilität der Sozialversicherungen ergänzt werden müsse. Gleichzeitig könne Freizügigkeit zu einem unerwünschten ‚brain drain‘ führen, wenn das Ziel wirtschaftlicher und sozialer Konvergenz dauerhaft verfehlt wird.



Jörg Asmussen, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, brachte seine Anerkennung für die politischen und sozialen Kosten, die Portugal für die Überwindung der Krise aufbringen musste, zum Ausdruck. Trotz der erkennbaren Trendwende, bewirkt durch europaweite und mitgliedstaatliche Maßnahmen sowie das Handeln der Europäischen Zentralbank (EZB), sei die hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen, weiterhin inakzeptabel. Dies sowie die weiterhin sehr hohe Staatsverschuldung in fast allen Staaten belegten, dass die Krise noch nicht vorbei sei. Makroökonomisch müsse darauf mit einer Strategie geantwortet werden, die Geld- und Fiskalpolitik, angebotsseitige

¹ Vgl. Pedro Passos Coelho: Towards a Eurozone Architecture We Can Trust, 8.5.2015, abrufbar unter: <https://stateoftheunion.eu.eu/towards-a-eurozone-architecture-we-can-trust> (letzter Zugriff: 8.6.2015).

Strukturreformen, institutionelle Vertiefungen der Eurozone sowie Optionen zur weiteren Integration umfasse. Mikroökonomisch unausweichlich sei eine Verbesserung des Ausbildungsniveaus, der Arbeitsvermittlung sowie der Mobilität, um mehr wettbewerbsfähige Jobs im privaten Sektor zu schaffen.

Maria João Rodrigues, Mitglied des Europäischen Parlaments, machte deutlich, dass Portugal während der Krise seine Wettbewerbsfähigkeit nicht habe steigern können, was nun durch weitere Reformanstrengungen in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Haushaltskonsolidierung sowie Bildung und Ausbildung nachgeholt werden müsse. Die deutsch-portugiesische Kooperation solle hier intensiviert werden. Der Umgang der Mitgliedstaaten mit den Herausforderungen der Globalisierung sei ebenso wie die wirtschaftliche und soziale Konvergenz innerhalb der Europäischen Union entscheidend für die Zukunft des europäischen Projekts. Auf EU-Ebene sei ein Investitionsprogramm notwendig, damit insbesondere KMU einfacher Zugang zu Krediten bekommen. Zudem müssten die Strukturfonds besser genutzt werden. Die Diskussion des vorangegangenen Panels aufgreifend unterstrich sie, wie schon zuvor Maduro, die portugiesische Auffassung, dass zur Absicherung der Stabilität der Wirtschafts- und Währungsunion eine ergänzende Haushaltsfazilität der Eurozone notwendig sei. Neben der Überwachung makroökonomischer Ungleichgewichte gelte es auch, soziale Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten abzubauen. Rodrigues unterstrich an dieser Stelle, dass die Freizügigkeit ein positives Recht sei, jedoch zu keinem ‚brain drain‘ führen dürfe, wie Portugal ihn erlebt habe.

Johannes Sommerhäuser, Senior Vice President der Robert Bosch GmbH, belegte durch Schilderungen aus der Praxis, welches Potenzial Portugal für nachhaltige Beschäftigung bietet. Der Standort von Bosch in Braga sei in Zusammenarbeit mit der örtlichen Universität und durch öffentliche Fördermittel innerhalb weniger Jahre von einem Produktionswerk zu einem Entwicklungs- und Innovationsstandort ausgebaut worden, der 200 hochqualifizierte Ingenieursarbeitsplätze biete. Als Erfolgsfaktoren machte er eine enge Zusammenarbeit mit lokalen und nationalen Partnern und Behörden, eine klare Projektdefinition mit nachvollziehbaren Leistungskriterien, belastbare Vereinbarungen sowie einen bei allen Beteiligten starken Durchhaltewillen, große Motivation sowie Kompetenz und Expertise aus. Er betonte zudem, wie wichtig hierbei unterstützende Gespräche zwischen den Regierungen der beiden Länder gewesen seien.

José Silva Peneda, ehemaliger Präsident des Conselho Económico e Social Português, machte deutlich, dass eine soziale Dimension ebenso wie Demokratie und Freiheit Teil des europäischen Hauses sind. Allerdings seien die sozialen Gegebenheiten in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich und die Schwierigkeiten, diese anzunähern, hätten bisher über gewisse Harmonisierungen hinausgehende Maßnahmen verhindert. Er legte dar, dass es Portugal, als Programmland, zusammen mit der Troika gelungen sei, bei den notwendigen Reformen gute Kompromisse zu finden, die die Interessen der Sozialpartner berücksichtigen. Er verwies mit Blick auf die Erfahrungen Portugals nach der Nelkenrevolution auch darauf, dass Solidarität über die Europäische Union hinaus zu denken sei und sprach sich dafür aus, mehr Flüchtlinge aufzunehmen als bisher vereinbart wurde.

Die Zukunft Europas: Legitimität, Effizienz und Vielfalt

In diesem Panel diskutierten die Teilnehmer/-innen neben institutionellen Aspekten flexibler Integration vor allem die Leistungsfähigkeit der europäischen Integration, zu Problemlösungen beizutragen und damit auch die Legitimität und Akzeptanz des europäischen Projekts zu stärken.



Joachim Poß, Mitglied des Deutschen Bundestages, des SPD-Parteivorstands und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Deutschen Bundestags, argumentierte, dass sich die EU-Institutionen bei der Krisenbewältigung bewähren müssten, bevor über institutionelle Reformen diskutiert werden könne. Die Akzeptanz des Integrationsprojekts hänge davon ab, dass die EU-Politik Probleme, wie die

aktuelle Wachstumsschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit, löse und dass Europa nicht mehr als Elitenprojekt gestaltet werde. Die Praxis vieler Staats- und Regierungschefs, Probleme und Misserfolge ‚Brüssel‘ zuzuschreiben, sei hier ein Problem, das unterbunden werden müsse.

Mit Blick auf die notwendigen Ergebnisse forderte er zur Bewältigung der Krise in der Eurozone einen Mix aus wachstumsfreundlicher Konsolidierung, strukturellen Reformen und mehr Investitionen. Deutschland, aber auch die Kommission, die EZB und der IWF hätten zu Beginn der Krise zu viel Austerität gefordert. Poß kritisierte aber auch das Auftreten der aktuellen griechischen Regierung als „dilettantisch“ und machte gegenüber den zuvor auf dem Forum vorgestellten portugiesischen Forderungen deutlich, dass ein Eurozonenhaushalt nicht zur Debatte stehe, bis das griechische Problem gelöst ist.

António Vitorino, Präsident von Notre Europe. Jacques Delors Institut, hob Griechenland und Großbritannien als zentrale Herausforderungen für die Zukunft der Europäischen Union hervor. Ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten sei grundlegend, um der europäischen Vielfalt gerecht zu werden. Die Eurozone als Kerneuropa solle Triebkraft des Wirtschaftswachstums sein. Er stimmte mit Poß darin überein, dass die Europäische Union durch Resultate legitimiert werden müsse. In der Wirtschaftspolitik seien die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Staaten anzuerkennen. Das Problem des ‚moral hazard‘ lasse sich nicht allein durch juristische Vorschriften lösen. Vielmehr müsse ein Klima des Vertrauens hergestellt werden, um die Differenzen zwischen Nord- und Südeuropa zu überwinden. Die Geschichte der europäischen Integration hätte letztendlich allen Staaten Vorteile verschafft.

Paulo Mota Pinto, Mitglied des Portugiesischen Parlaments, dort Vorsitzender des Ausschusses für EU-Angelegenheiten, diagnostizierte einen Stillstand des Zusammenwachsens Europas in den letzten Jahren. Sowohl Griechenland als auch Großbritannien wollten Vorteile ihrer Mitgliedschaft genießen, ohne das dafür Notwendige zu leisten. Zwar könnten viele Probleme

auf EU-Ebene gelöst werden, doch ein wichtiger Teil sei weiterhin von nationalen Politiker/-innen zu leisten. Erschienen deren Entscheidungen jedoch als alternativlos, sei Politik nicht mehr handlungsfähig. Auch Mota Pinto machte sich für ein Eurozonenbudget stark und verwies auf die USA, die beispielsweise in Form der Arbeitslosenhilfe automatische Stabilisatoren auf föderaler Ebene kennen.

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Universität Würzburg, beschrieb zwei gegenwärtige Probleme, die sich aus der Tatsache ergäben, dass die Eurozone de facto ein Kerneuropa darstelle. Zum einen bestehe die Gefahr, dass die 19 Staaten der Eurozone und die übrigen neun Mitgliedstaaten auseinanderdriften. Zum anderen stelle sich die Frage, wie ‚pre-ins‘ Teil des Kerneuopas werden können. Entscheidend sei, eine Antwort auf die Frage zu finden, ob die Eurozone oder die ‚EU-28‘ vertieft werden sollen. Müller-Brandeck-Bocquet plädierte dafür, dass das Spannungsverhältnis zwischen Einheit und Vielfalt nur zugunsten der Einheit aufgelöst werden könne. Innerhalb der Eurozone müsse die Integration vertieft werden, wo dies möglich ist. Hier seien die Mitgliedstaaten gefordert. Allerdings sah sie deren Rolle kritisch, was die Zunahme des Intergouvernementalismus und einen Bedeutungsverlust der supranationalen Institutionen betrifft. Dies sei auf das Verhalten der Regierungen in der Krise zurückzuführen und keine Folge der Reformen des Vertrags von Lissabon.

Luís de Almeida Sampaio, Botschafter der Portugiesischen Republik in Deutschland, machte deutlich, dass Portugal bereit sei, Verantwortung bei der Vertiefung der Eurozone zu übernehmen. Er verwies aber darauf, dass die notwendige makroökonomische Koordinierung auf EU-Ebene Probleme der demokratischen Legitimation mit sich bringt, da nationale Souveränität abgegeben werden müsse. Abschließend warb er dafür, dass nationale Regierungen sich das „europäische Projekt wieder mehr aneignen“ sollten und kritisierte ebenfalls die Praktiken des ‚blame shifting‘ und ‚credit claiming‘.

Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Forschung in Europa

Zu Beginn des Panels stellte *Manuel Heitor*, Direktor des IN+ Zentrums für Innovations-, Technologie- und Politikforschung des Instituto Superior Técnico, die zunehmenden Unter-



schiede bei den Ausgaben der Mitgliedstaaten für Wissenschaft und Forschung heraus, die in den letzten Jahren aufgetreten seien. Im Gegensatz zu Mitteleuropa gingen die Ausgaben in den peripheren Ländern der Europäischen Union und vor allem in Portugal zurück. Ausgehend von diesen Zahlen gaben die Panellist/-innen Einblicke in Wissenschaft und Forschung in Deutschland und Portugal. Im Zentrum der Diskussionen stand

die Frage, wie Innovationen gefördert und in größerem Umfang wirtschaftlich nutzbar gemacht werden können.

Luís Portela, Vorstandsvorsitzender von BIAL, legte dar, dass der Pharmakonzern BIAL in Portugal der zweitgrößte private Investor in Wissenschaft und Technologie sei. Zugleich kritisierte er, dass die Investitionen in Forschung und Entwicklung immer noch zu niedrig seien, was zur Folge habe, dass sich in Portugal der Kreis der Innovation nicht schließe und sich Erfolge nicht auf die Wirtschaft übertragen könnten.

Innovation müsse in einem globalen Kontext gesehen werden, wenn Wettbewerbsfähigkeit geschaffen werden solle, so *João Seabra*. Um eine Verbesserung der Forschung in Portugal zu erreichen, forderte er einen stärkeren Wettbewerb in der akademischen Forschung sowie mehr Partnerschaften zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Gonçalo Quadros, Geschäftsführer von Critical Software, führte aus, dass sowohl die geografische Lage des Landes als auch die Größe der portugiesischen Wirtschaft nur Spezialisierung und die Erschließung von Nischenmärkten als sinnvolle Strategien erscheinen lassen, um Portugal wettbewerbsfähiger zu machen. Kreativität und Wissen müssten dazu genutzt werden, wobei den Universitäten hier eine Schlüsselrolle zukomme.

Als ein Modell, wie sich Innovation fördern lässt, stellte *Ruth Bendels*, Geschäftsführerin, „Die Junge Akademie“ (Berlin) vor. Im Jahr 2000 als weltweit erste Akademie für herausragende junge Wissenschaftler/-innen gegründet, habe sie sich als Ziele gesetzt, Impulse für die wissenschaftspolitische Diskussion zu geben, den Dialog zwischen Disziplinen sowie zwischen Wissenschaft und Gesellschaft anzuregen. Es gehe darum, durch eine Kultur der Offenheit innovative Denkhaltungen zu fördern, die die jungen Wissenschaftler/-innen zusammen mit ihrem Wissen in die Welt hinaustragen.

Dirk Elias, Vorstandsvorsitzender der Fraunhofer-Gesellschaft Portugal, lobte Portugals Förderprogramme für KMU im Bereich Forschung und Innovation, die beispielsweise steuerliche Vorteile gewährten. Er forderte jedoch mehr Kohärenz zwischen den einzelnen Programmen. Eine bessere Abstimmung ermögliche, mit denselben finanziellen Ressourcen mehr Ergebnisse zu erzielen. Insbesondere der Zugang zu den Programmen könne durch gezieltere Informationen verbessert werden.

Aus ihrer persönlichen Erfahrung als Wissenschaftlerin, die bereits in mehreren europäischen Ländern geforscht hat, identifizierte *Raquel Oliveira*, Instituto Gulbenkian de Ciência, fehlende Privatinvestitionen in Forschung, eine ‚Lücke‘ zwischen Hochschulen und Industrie sowie den Druck, Innovation in wirtschaftliche Erfolge umzusetzen, als Probleme der Forschung in Portugal.

Nachhaltiges Wachstum durch weitere Reformen

Mit Blick auf das Format des Deutsch-Portugiesischen Forums betonte *Paulo Portas*, Vize-Premierminister der Portugiesischen Republik, die Wichtigkeit, auch unter Freunden und Alli-



ierten die Beziehungen zu pflegen. Nachdem er das erste Forum vor zwei Jahren als Außenminister eröffnet hatte, freute er sich, als Stellvertretender Premierminister das Schlusswort der dritten Jahrestagung zu sprechen. Damals habe sich Portugal mitten in der Krise befunden und niemand habe geglaubt, dass diese so schnell überwunden werden könne, wie es geschehen sei. Während der Krise sei das Land in der Hand seiner Gläubiger gewesen, die ihre Bedingungen diktieren konnten. Diese Erfahrung wolle Portugal nie wieder machen und nicht mehr auf Hilfe von außen angewiesen sein.

Inzwischen sei es aber gelungen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und die portugiesische Wirtschaft genieße wieder hohes Ansehen. Auch die Exporte der Wirtschaft würden zunehmen. Dafür sei unter anderem der Arbeitsmarkt mit Zustimmung der Sozialpartner flexibilisiert worden. Um diesen Weg, der in die richtige Richtung führe, weiterzugehen, seien aber noch weitere Maßnahmen notwendig, da die Arbeitslosigkeit noch immer viel zu hoch sei. Ziel der Regierung sei es, ein Wachstum von mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr zu erreichen und mehr Auslandsinvestitionen für Portugal zu gewinnen. Dazu sollten die – mit 17 Prozent bereits niedrige – Körperschafts- und weitere Steuern gesenkt werden, was aber nur auf Basis eines soliden Wachstums möglich sei. Auch der Tourismussektor könne einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Für das Land wünschte sich Portas frei nach Rosemonde Gérard, dass das Wirtschaftswachstum in Portugal heute höher als gestern aber niedriger als morgen ist.

Der „Westen“ als normativer Prozess

Im Rahmen des deutsch-portugiesischen Historikertreffens, das anlässlich des Forums stattfand, diskutierten *Heinrich August Winkler*, Humboldt-Universität zu Berlin, und *Fernando Rosas*, Instituto de História Contemporânea UNL Universidade Nova de Lisboa, kontroverse Definitionen des Begriffes „Westen“. Angesichts aktueller Herausforderungen betonten sie den normativen Wert der Europäischen Union, forderten jedoch auch eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Problemen der Gegenwart.

Winkler erklärte, dass Deutschland und Portugal Schwierigkeiten hatten, den im 18. Jahrhundert entstandenen „modernen Westen“ zu akzeptieren, der sich durch einen „dualistischen Geist“ auszeichne. Dieser führte durch frühneuzeitliche Emanzipationsprozesse zu einer Teilung von geistlicher und weltlicher Gewalt und sei um Wertevorstellungen der Aufklärung wesentlich erweitert worden.

Die Entwicklung in Deutschland stellt für Winkler eine Besonderheit dar. Es seien zwar einige Werte der Aufklärung durch einen aufgeklärten Absolutismus früh umgesetzt worden, aber im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern sei keine bürgerliche Revolution erfolgt. Dieses Paradox habe den Glauben an den Wandel von oben gestärkt. Auch die erste wirkliche parlamentarische Vertretung in der Weimarer Republik änderte dies nicht, sondern habe als „Produkt der Niederlage“ gegolten. Winkler sieht in dem folgenden pseudodemokratischen totalitären Führerstaat eine Auflehnung gegen die normativen „Ideen des Westens“. Erst die totale Niederlage Deutschlands habe zu einer „vorbehaltlosen Öffnung [...] gegenüber der politischen Kultur des Westens“² geführt.

Die am 21. November 1990 unterzeichnete Charta von Paris³ sei das vorläufige Ende des Kalten Krieges. Zwar entspräche die politische Wirklichkeit nicht immer dem normativen Projekt, es sei aber der feste Sockel einer Streitkultur, die bis heute einen normativen Prozess anregt. In Bezug auf Putins Politik der Konfrontation, die sich gegen einen „dekadenten Westen“ richte, und auf die Bedrohung durch den internationalen Terror müsse sich der Westen seiner innersten Werte bewusst sein. Durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim habe Putin Russlands Unterschrift unter der Charta von Paris annulliert. In diesem Zeitalter der Unsicherheiten sei es besonders wichtig, dass Europa mit einer Stimme spreche.



Rosas stellte den Ausführungen Winklers ein differenziertes Bild des „Westens“ gegenüber. Dieser könne als Westen der Nachkriegszeit, des Sozialstaates und des regulierenden Investitionismus gedeutet werden, aber auch als Westen des Kolonialismus, des Imperialismus und als „Komplize der Diktaturen“. *Rosas* begründete diese negative Definition weiter durch die jüngere Geschichte. Die Europäische Union vernachlässige die soziale Peripherie und kapituliere seit den 1980er Jahren vor neoliberalen Strömungen. Die Unterwerfung des normativen Projekts unter das Finanzkapital bezeichnete er als zivilisatorischen Rückschritt. Die Wahrnehmung der Austeritätspolitik als vermeintlichen Fatalismus des Westens sieht er als historischen Fehler, der vor allem die Länder der europäischen Peripherie schwer belaste. Besonders im Falle Portugals habe die wirtschaftliche und soziale Lage seit Einführung des Euro 2002 stark gelitten und zu Verschuldung sowie struktureller Arbeitslosigkeit geführt. Die Europäische Union bedürfe einer Strukturreform, die einen sozialen Fokus setze und die Länder der europäischen Peripherie stärker unterstütze.

² Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 62-76, hier S. 75.

³ In der Charta verpflichteten sich 34 Nationen, darunter Russland, der Demokratie. Vgl. Charta von Paris für ein neues Europa, Paris 1990.